

Demokratie-Lernen in der Einwanderungsgesellschaft

Empfehlungen für die Bildungspraxis

Vorbemerkung

An manchen Stellen werden Begriffe in Anführungszeichen gesetzt, um auf den Umgang mit „geläufigen“ sprachlichen Setzungen aufmerksam zu machen. Die Thematisierung dieser Setzungen sind essentieller Bestandteil von Demokratie-Lernen.

1. Faktizität der Einwanderungsgesellschaft verankern

Zuwanderung und Migration in Deutschland wird als „Fakt“ im Sinne von Wissensvermittlung aufgegriffen und mit biographischen Methoden für Teilnehmende unmittelbar erfahrbar gemacht. Damit wird verdeutlicht, dass in Seminaren ein Ausschnitt der Gesellschaft präsent ist, der sich mit der Herausforderung von Aufnahme und Integration auseinandersetzt.

Die Leugnung oder Tabuisierung der faktischen Realität einer Einwanderungsgesellschaft wird damit auch konfrontativ aufgebrochen, um gesamtgesellschaftliche Wirkungszusammenhänge aufzuzeigen.

2. Integration als gesamtgesellschaftliche Herausforderung

Migration war und ist ein wichtiger Bestandteil der „deutschen“ Gesellschaft. Integration von Vielfalt und Unterschiedlichkeit ist die entscheidende und allgemeine Herausforderung für eine pluralistische Gesellschaft, die Einbeziehung und Partizipation auch über einen zielgruppenspezifischen Fokus auf „MigrantInnen“ fördern will.

Eine demokratische Integrationskultur bedeutet, dass Integrationsschritte und deren Grenzen auf allen Ebenen mit allen Betroffenen verhandelt werden müssen. Die Verantwortung, diesen Prozess gewaltfrei und demokratisch zu gestalten, liegt bei allen Beteiligten gleichermaßen.

3. Wertschätzung und Ressourcenorientierung als Basis

Demokratie-Lernen erkennt und benennt die Probleme und Schwierigkeiten, die eine demokratische Integrationsleistung mit sich bringt, orientiert sich aber vor allem an den Ressourcen und Fähigkeiten, die in einer Einwanderungsgesellschaft auf Seiten der „Zuwanderer“ wie der „Aufnahmegesellschaft“ vorhanden sind.

Sie arbeitet mit einer Didaktik der Wertschätzung, die Visionen für eine gesamtgesellschaftliche Integration ermöglichen. Die Resultate der vorherrschenden Defizitorientierung werden hierdurch kritisch hinterfragt und produktiv gewendet.

4. Fokus auf prozedurales Verständnis von Demokratie

Das Verfahren der Demokratie ist normative Basis für die pädagogische Auseinandersetzung und wird immer wieder in den Mittelpunkt der Bildungsarbeit gestellt. Es gilt in Lernprozessen zu thematisieren, wer die Macht hat zu integrieren oder auszugrenzen, welches die Stellung von Minderheit und Mehrheit ist, welche Privilegien angemessen und welche unangemessen sind und welche Konsequenzen damit verbunden sind.

Dieser pädagogische Fokus führt nicht zu abschließenden inhaltlichen Ergebnissen, sondern bedeutet eine immer neue Sensibilisierung und Achtsamkeit für die Frage von Demokratie in sozialen Zusammenhängen. Das Hinterfragen von Selbstverständlichkeiten auf allen Perspektiven ist hier zentral für den pädagogischen Prozess.

5. Anerkennung des gleichen Rechts auf freie Entfaltung

Zentrales Ziel von Demokratie-Lernen in der Einwanderungsgesellschaft ist die Anerkennung des gleichen Rechts auf freie Entfaltung. Dieser abstrakte Grundsatz wird zur konkreten Herausforderung, wo unterschiedliche Wertvorstellungen als gleichberechtigt anerkannt werden und damit wechselseitig scheinbar selbstverständliche Privilegien und Benachteiligungen infrage gestellt werden. Der Freiheitsbegriff wird in seiner „kulturellen“ Verankerung thematisiert.

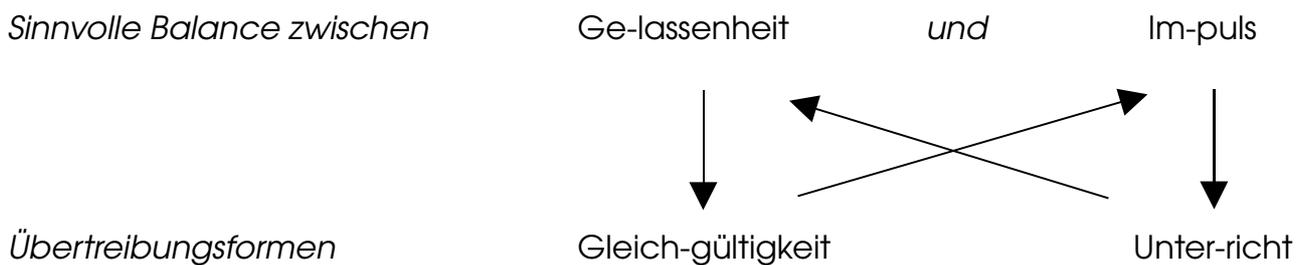
In diesem Sinne bedeutet Demokratie-Lernen in der Einwanderungsgesellschaft die verstärkte Demokratisierung von gesellschaftlichen Bereichen, in denen die Frage nach Demokratie nicht ausreichend gestellt wird.

6. Professionelle Balance zwischen Position und Überwältigungsverbot

Die Stimmigkeit des Selbstverständnisses von PädagogInnen und der konzeptuellen Grundannahmen der didaktischen Programme muss gegeben sein. Nicht nur die Methoden, sondern der Umgang von Seminarleitung mit dem Prozess des Seminargeschehens ist entscheidend.

Die Seminarleitung sollte sehr wohl eine eigene Position haben, auf der professionell-pädagogischen Ebene muss jedoch eine Ergebnisoffenheit vorherrschen. Die eigene Position kann als sinnvolle Intervention eingesetzt werden, darf aber nicht im Sinne einer normativen Überwältigung von Teilnehmenden instrumentalisiert werden.

Das folgende Wertequadrat (nach F. Schulz v. Thun) verdeutlicht diese didaktische Grundhaltung:



Centrum für angewandte Politikforschung München / 14. Dezember 2006
entimon-Projekt „Sprache – Macht – Demokratie“ 2005-2006

Gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen
Rechtsextremismus, Gewalt und Antisemitismus“

Verantwortlich: Dr. Stefan Rappenglück, Susanne Ulrich, Florian M. Wenzel, Dr. Doerthe Winter, Silvia Simbeck

Wir bedanken uns bei Carolin Auner und ihrem Projektteam von der CPH Jugend-
und Erwachsenenakademie Nürnberg für die Zusammenarbeit bei der Erstellung der Empfehlungen